Städteverband
Schleswig-Holstein

# Tagung der Fachverbände der Kämmerer und Kommunalkassenverwalter

am 12. Mai 2011
in Neumünster

## Kommunalrelevante Tagesfragen

Marc Ziertmann, stv. GF Städteverband-SH

Städteverband Schleswig-Holstein

Agenda

- Aktuelle Entwicklung der Finanzpolitik
  - Gemeindefinanzkomission
  - Reform der Grundsteuer
  - Finanzausgleichsbeirat
  - Konsolidierungsfonds
  - Konnexität KiFöG
  - Küstenschutzabgabe
- Novellierung des Kommunalverfassungsrechts
- Novellierung des Schulgesetzes (insb. Schullastenausgleich)
- Überlegungen zur Novellierung des Kommunalabgabengesetzes „Wiederkehrende Beiträge“
- Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets
- Stichworte: Kommunalisierung der Regionalplanung/ Energiewende und Netzausbau/ Tourismusförderung u.v.m.

Städteverband Schleswig-Holstein

# Gemeindefinanzkommission

- Arbeitsgruppe Kommunalsteuern
  - AK Quantifizierung
  - AK Administration
  - AK Strukturen
- Arbeitsgruppe Standards ☑ 😐
- Arbeitsgruppe Rechtsetzung ☑ ☹

Prüfmodell der Bundesregierung
Kommunalmodell
Modell Niedersachsen
Zuschlag EkSt/ Wegfall Hinzurechnungen

Voraussichtlich keine substanziellen Veränderungen der steuerrechtlichen Grundlagen. Aber: Schrittweise Entlastung bei der Grundsicherung als Ergebnis der Gemeindefinanzkommission.

Thema der Finanzministerkonferenz => länderoffene AG
Ergebnisse nach Verprobung Ende 2011

**§ 36**
**Beirat für den kommunalen Finanzausgleich**

(1) Es wird ein Beirat für den kommunalen Finanzausgleich gebildet. Dem Beirat gehören als Mitglieder jeweils zwei Vertreterinnen oder Vertreter des

Innenministeriums,
Finanzministeriums,
Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages,
Städtebundes Schleswig-Holstein,
Städtetages Schleswig-Holstein und
Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

an. Die Mitglieder der Landesverbände der Gemeinden und Kreise werden auf Vorschlag des jeweiligen Verbandes vom Innenministerium berufen und abberufen.

(2) Den Vorsitz des Beirats führt eine Vertreterin oder ein Vertreter des Innenministeriums. Die oder der Vorsitzende ruft den Beirat nach Bedarf sowie auf Wunsch eines Mitglieds des Beirats zu einer Sitzung zusammen. Beschlüsse des Beirats erfolgen einstimmig. Die Mitglieder erhalten keinen Ersatz ihrer Auslagen und des entgangenen Arbeitsverdienstes. Der Beirat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

***(3) Der Beirat berät das Innenministerium in Fragen des kommunalen Finanzausgleichs. Er soll vor Entscheidungen der Landesregierung über den kommunalen Finanzausgleich gehört werden.***

(4) Sonstige Mitwirkungsrechte der Gemeinden und Kreise bleiben durch die Bildung des Beirats unberührt.

Städteverband Schleswig-Holstein

**Rechtsentwicklung in anderen Ländern:**

- Entschuldungsfonds Niedersachsen, vgl. § 14 a FAG-NDS
- Kommunale Entschuldungsfonds Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Hessen
- Überlegungen zum Haushaltsausgleich und Schuldenabbau in NRW

**Schleswig-Holstein**

**§ 7 FAG**
**Aufteilung der Finanzausgleichsmasse**

(1) Aus der Finanzausgleichsmasse werden jährlich bereitgestellt für

1. die Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen nach den §§ 16 und 17 **50,0 Millionen Euro**,

(…)

8. Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen **15,0 Millionen Euro ab dem Jahr 2012**.

Hinzu kommen Landesmittel in Höhe von **15 Millionen Euro** (Partizipation der Kommunen in Höhe des Verbundsatzes an den Konsolidierungshilfen, die das Land erhält).

Arbeitsgruppe (IM, FM, KLV) entwickeln ein Konzept.

Städteverband Schleswig-Holstein

**SGB VIII (bis 2008) § 69 SGB VIII**

**1992 JuFöG/ KiTaG**

**1998 Konnexität Art 49 LV**

**2006 Föderalismusreform Art. 84 I S. 7 GG**

**2008 KiFöG § 69 SGB VIII ab 2008**

**2013 Rechtanspruch U 3**

| **Bundesrecht** | **Landesrecht** |
|---|---|
| **Nordrhein-Westfalen**<br>***Kreise und kreisfreie Städte***<br>§ 69 SGB VIII (bis 2008) konstitutiv | **Nordrhein-Westfalen**<br>***Kreise und kreisfreie Städte***<br>§ 1 a I AG-KJHG |
| **Schleswig-Holstein**<br>***Kreise und kreisfreie Städte***<br>§ 69 SGB VIII (bis 2008) konstitutiv | **Schleswig-Holstein**<br>***Kreise und kreisfreie Städte***<br>Landesrecht (konstitutiv) |

Zuständigkeit als örtliche Träger der Jugendhilfe

**Begleitantrag zum Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes der Fraktionen von CDU und FDP**

Drs. 17/741

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, einen gesetzlichen Vorrang für Küstenschutzmaßnahmen zu schaffen und Küstenschutzmaßnahmen von der Ausgleichspflicht zu befreien

- und parallel dazu, im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden, die Möglichkeiten einer landesweiten kommunalen Co-Finanzierung im Rahmen des FAG zu prüfen.

(-)

Vor Inkraftsetzen der Landesverordnung zur Erhebung einer Küsten- und Hochwasserschutzabgabe legt die Landesregierung dem schleswig-holsteinischen Landtag einen schriftlichen Bericht über die Umsetzung dieses Antrags vor.

Sollte eine dieser Alternativen rechtssicher und finanziell in gleicher Höhe zur Verfügung stehen, wird von der VO-Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Städteverband Schleswig-Holstein

**Anlass und Bestandteile:**

- Umsetzung des Urteils des LVerfG zur Amtsordnung
- Anpassung des GKWG
- Zahlreiche Einzeländerungen zur Gemeindeordnung u.a.
    - Einwohnerrechte
    - Fraktionsbildung
    - Große kreisangehörige Stadt
    - Recht der Haushaltswirtschaft
    - Gemeindewirtschaftsrecht
    - Kommunalaufsicht

**SchulG - Offene Fragestellungen:**

Gestaltung und technische Umsetzung des neuen Schullastenausgleichs (Verordnungsregelung; Empfehlungen)

Herstellung von Belastungsneutralität des Gastschulabkommens

Förderungsmodalitäten der Schulsozialarbeit

Optimierung des Anmeldeverfahrens (weiterführende Schulen)

Zukunft des kommunalen Schulbaufonds (ab dem Jahr 2013)

Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung

Konnexitätsfragen (insb. bei Dissensentscheidungen).

Städteverband Schleswig-Holstein

## Wiederkehrender Beitrag

Bsp.:

Die Gemeinden können durch Satzung bestimmen, dass an Stelle der Erhebung einmaliger Beiträge die jährlichen (∅ 5 Jahre) Investitionsaufwendungen für Verkehrsanlagen nach Abzug des Gemeindeanteils als wiederkehrender Beitrag auf die beitragspflichtigen Grundstücke verteilt werden.

**Vorteile:**

Planungssicherheit

Ggf. Verminderter Verwaltungsaufwand

Kommunales Gestaltungsrecht

**Nachteile:**

Rechtssicherheit

(vgl. Driehaus)

Systemwechsel

Akzeptanzprobleme

Mieter-Vermieter-Verhältnis

Städteverband Schleswig-Holstein

# Bestandteile des BuT

§ 28 Abs. 2 – 7 SGB II, § 34 Abs. 2 – 7 SGB XII, § 6b BKGG, § 2 AsylbLG

**1. Schulausflüge**

Tatsächliche Aufwendungen für

- Schul- und Kita-Ausflüge und
- mehrtägige Klassenfahrten und Kita-Fahrten

Städteverband Schleswig-Holstein

## 2. Schulbedarfspaket

Persönlicher Schulbedarf

70 Euro zum 01.08.

30 Euro zum 01.02. jeden Jahres

## 3. Schülerbeförderung

die erforderlichen notwendigen Aufwendungen für den Besuch der nächstgelegenen Schule

Städteverband Schleswig-Holstein

## 4. Lernförderung

Ergänzende, angemessene und geeignete Lernförderung (Nachhilfe)

Bedarfsbestätigung durch die Schule erforderlich

## 5. Mittagsverpflegung

Bei Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in schulischer Verantwortung

- für Schüler
- und Kinder in Kita und Kindertagespflege


14

Städteverband Schleswig-Holstein

# 6. Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (10 Euro)

- Mitgliedsbeiträge für Sport, Spiel, Kultur
- Unterricht in künstlerischen Fächern (z. B. Musikunterricht) und vergleichbare angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung
- die Teilnahme an Freizeiten

Nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres

Städteverband Schleswig-Holstein

# Schulsozialarbeit

## 2 Säulen der Finanzierung

| Landeshaushalt | Bundesmittel (Anhebung KdU 2,8 %) |
|---|---|
| **2011** (ca. 1,1 Mio. €) | **2011**(< 12,9 Mio. €) |
| **2012** (ca. 2 Mio €) | **2012**(< 12,9 Mio. €) |
| | **2013**(< 12,9 Mio. €) |

**Verfahren**

- Förderschwerpunkt (Grundschulen ?)
- Verteilungsmaßstab
- Pauschale Zuweisung an Kreise und krfr. Städte
- Verzahnung Bundesmittel?

**Verfahren**

- Fließt Kreisen und krfr. Städten direkt zu
- Keine Zweckbestimmung Land
- Problem: Verhältnis Kreise - kreisangehöriger Bereich

Städteverband Schleswig-Holstein

# Finanzierung

| | |
|---|---|
| 24,5 % | „reiner“ KdU-Anteil |
| 2,8 % | für Mittagsverpflegung Hortkinder und Schulsozialarbeit<br>(befristet bis 2013) |
| 1,0 % | Verwaltungskosten BuT-Umsetzung nach SGB II |
| 0,2 % | Verwaltungskosten BuT-Umsetzung für KiZ und WoG-Kinder |
| 1,9 % | für Warmwasserbereitung (wird antragsabhängig als SGB II-Mehrbedarf gewährt) |
| = 30,4 % | gesetzliche KdU-Bundesbeteiligung gem. § 46 Abs.5 SGB II<br>(bis 2013; ab 2014: 27,6 %) |
| 5,4 % | Leistungen für Bildung und Teilhabe; davon<br>4,4 % für Leistungen an SGB II-Empfänger<br>0,7 % für Kinder mit Kinderzuschlag (KiZ-Kinder)<br>0,3 % für Wohngeldkinder (WoG-Kinder) |
| = 35,8 % | Gesamtbeteiligung des Bundes an KdU bis Ende 2013 |

Städteverband Schleswig-Holstein

# Inkrafttreten

## Rückwirkend zum 01.01.2011

§ 77 Abs. 7 -11 SGB II, § 131 Abs. 1 – 4 SGB XII, § 20 Abs. 8 BKGG

Antrag erforderlich bis zum 30.04.2011
(im BKGG bis zum 31.05.2011)

# Umsetzung

AG-SGB II – Änderung

Landtagssitzung Mai 2011

Städteverband Schleswig-Holstein

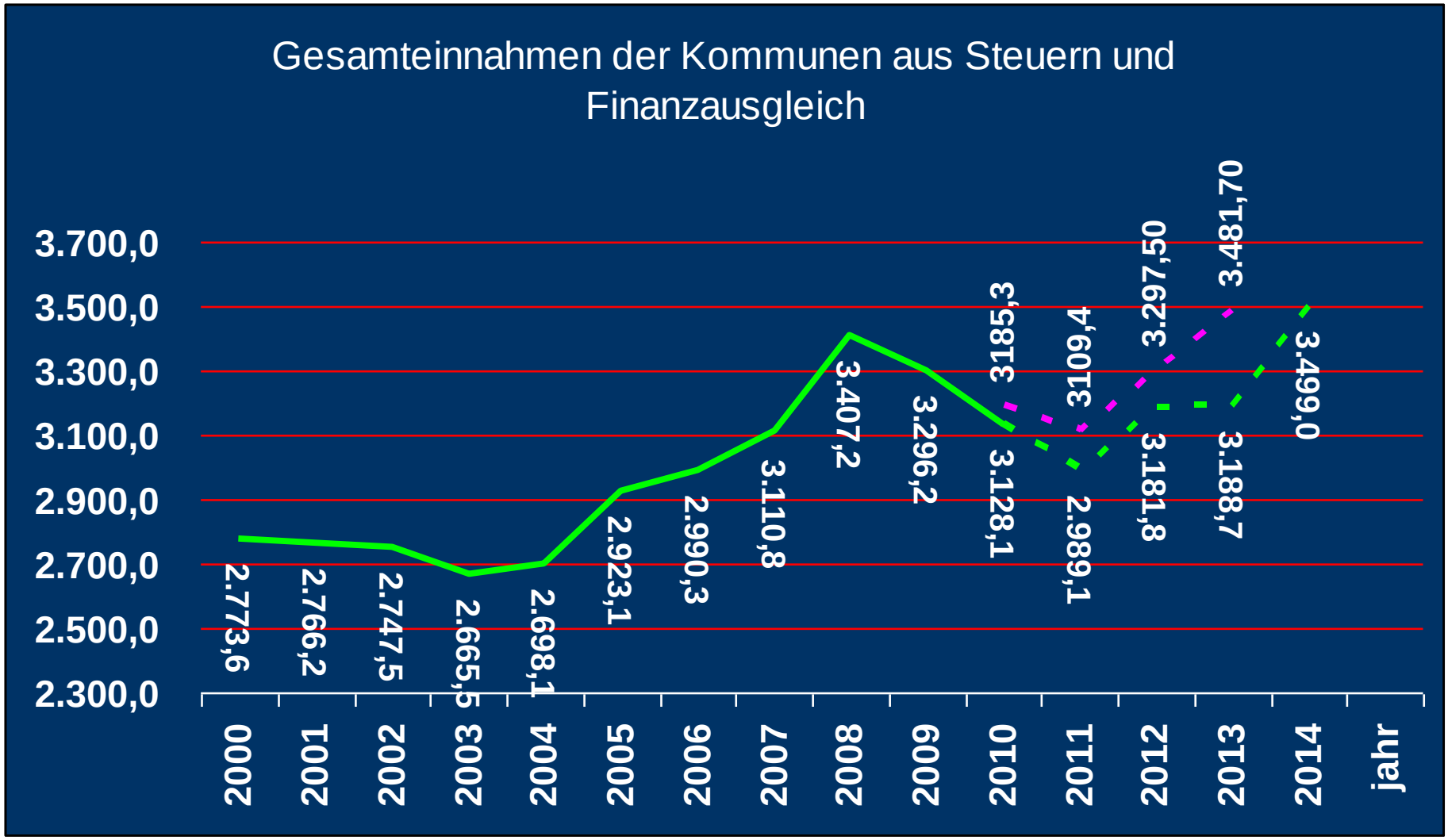
Agenda

- Aktuelle Entwicklung der Finanzpolitik
  - Gemeindefinanzkomission
  - Reform der Grundsteuer
  - Finanzausgleichsbeirat
  - Konsolidierungsfonds
  - Konnexität KiFöG
  - Küstenschutzabgabe
- Novellierung des Kommunalverfassungsrechts
- Novellierung des Schulgesetzes (insb. Schullastenausgleich)
- Überlegungen zur Novellierung des Kommunalabgabengesetzes „Wiederkehrende Beiträge“
- Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets
- Stichworte: Kommunalisierung der Regionalplanung/ Energiewende und Netzausbau/ Tourismusförderung u.v.m.

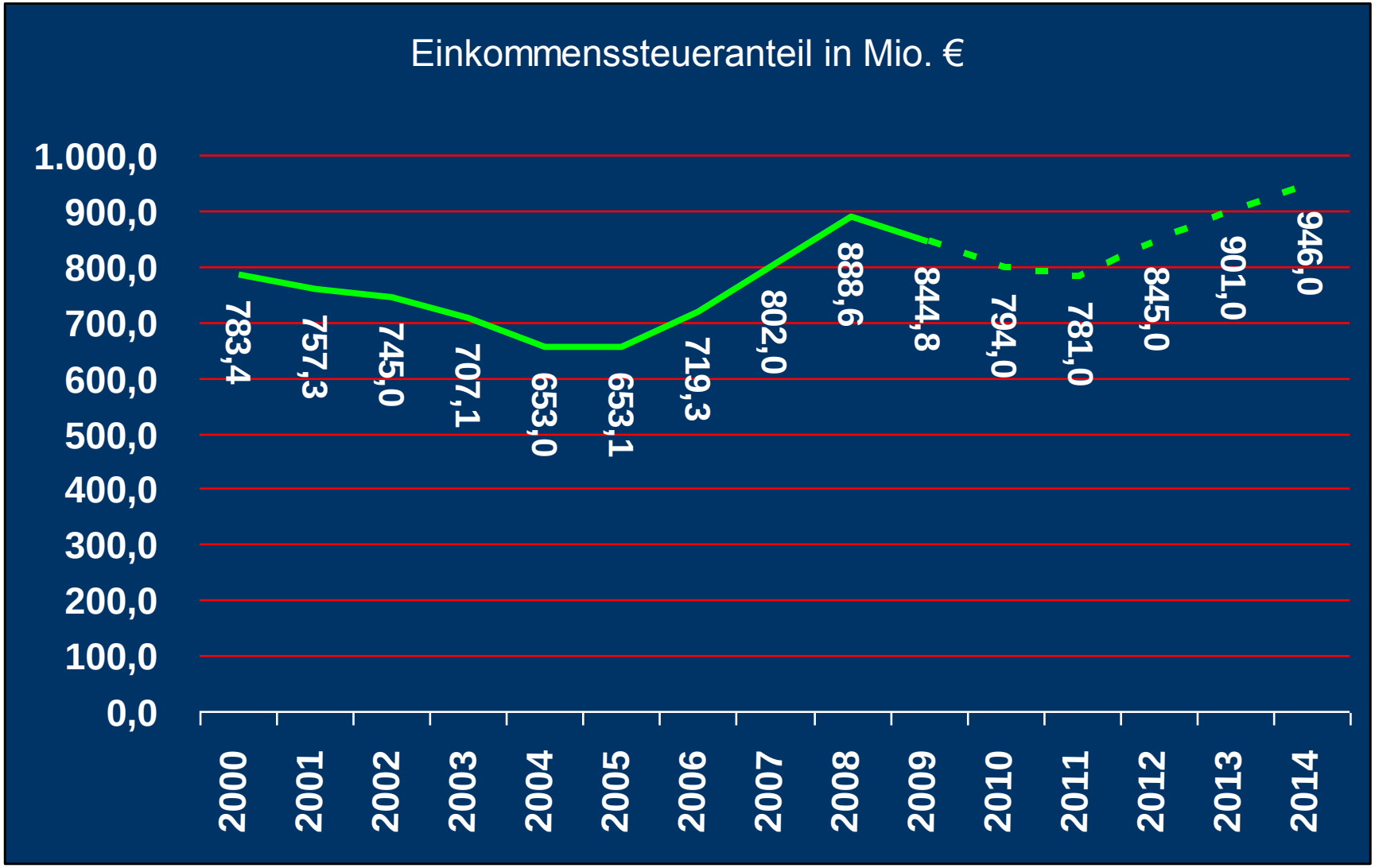
Städteverband
Schleswig-Holstein

# Vielen Dank für
# Ihre Aufmerksamkeit !!!

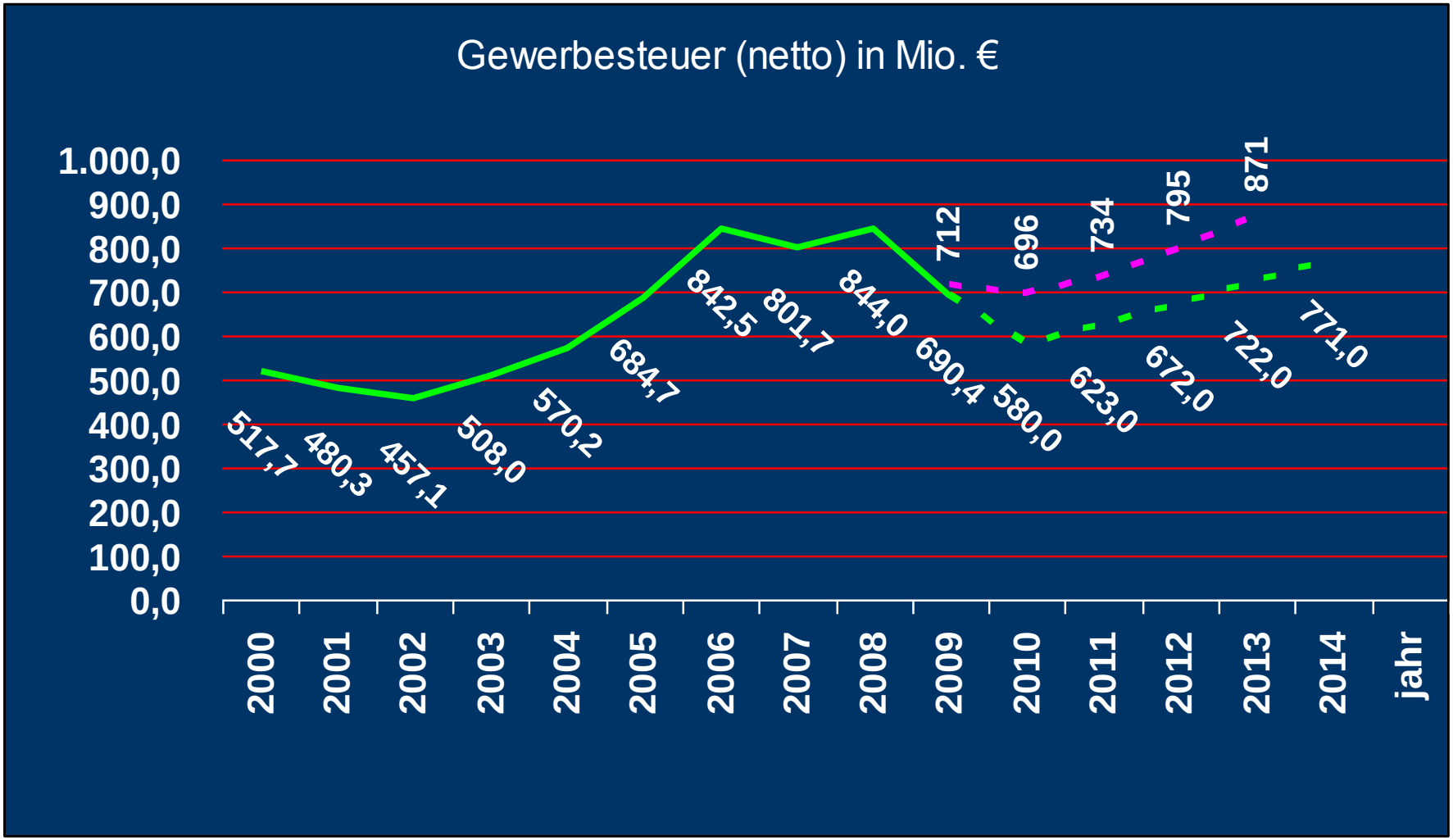
Städteverband Schleswig-Holstein



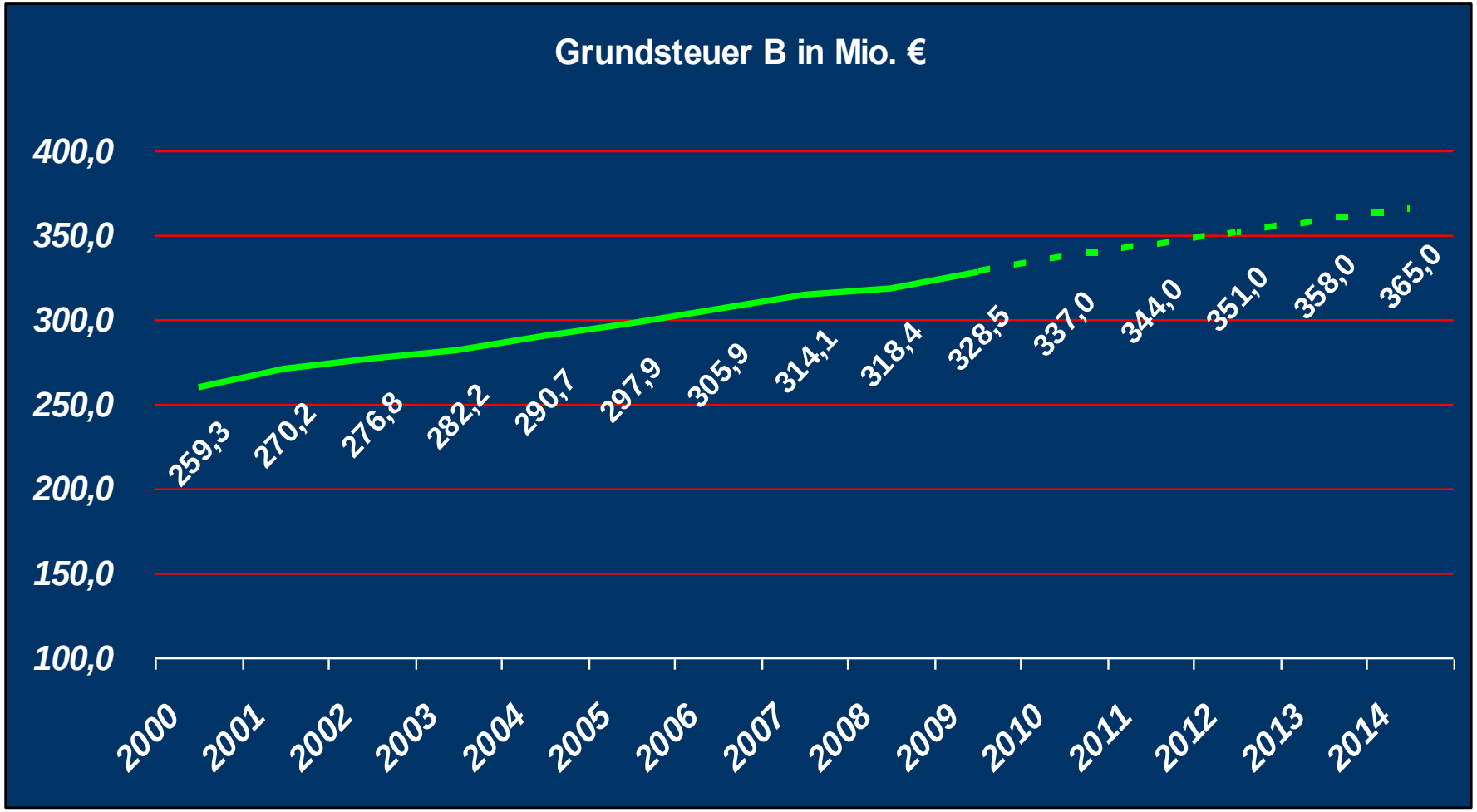
Städteverband Schleswig-Holstein



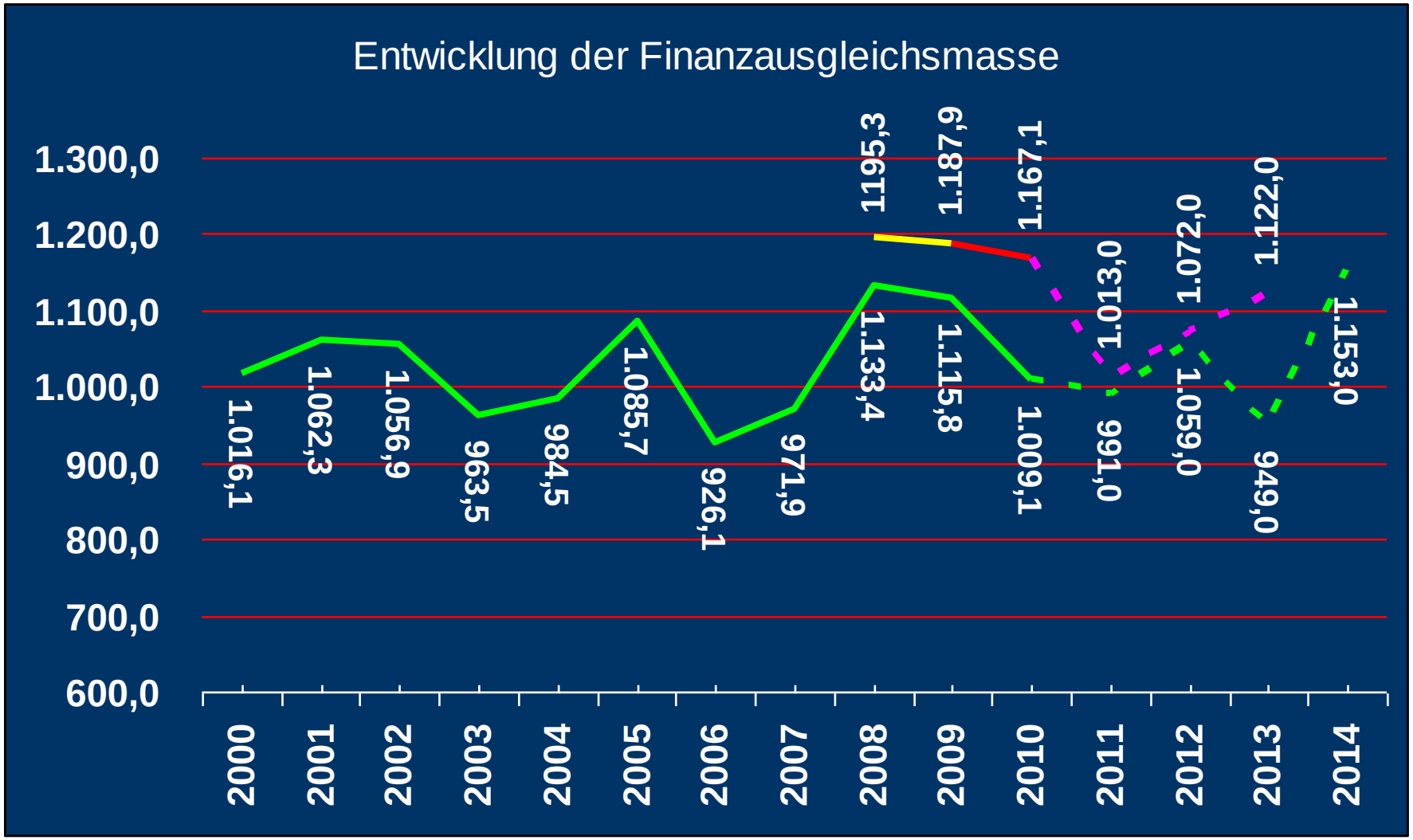
Städteverband Schleswig-Holstein



Städteverband Schleswig-Holstein



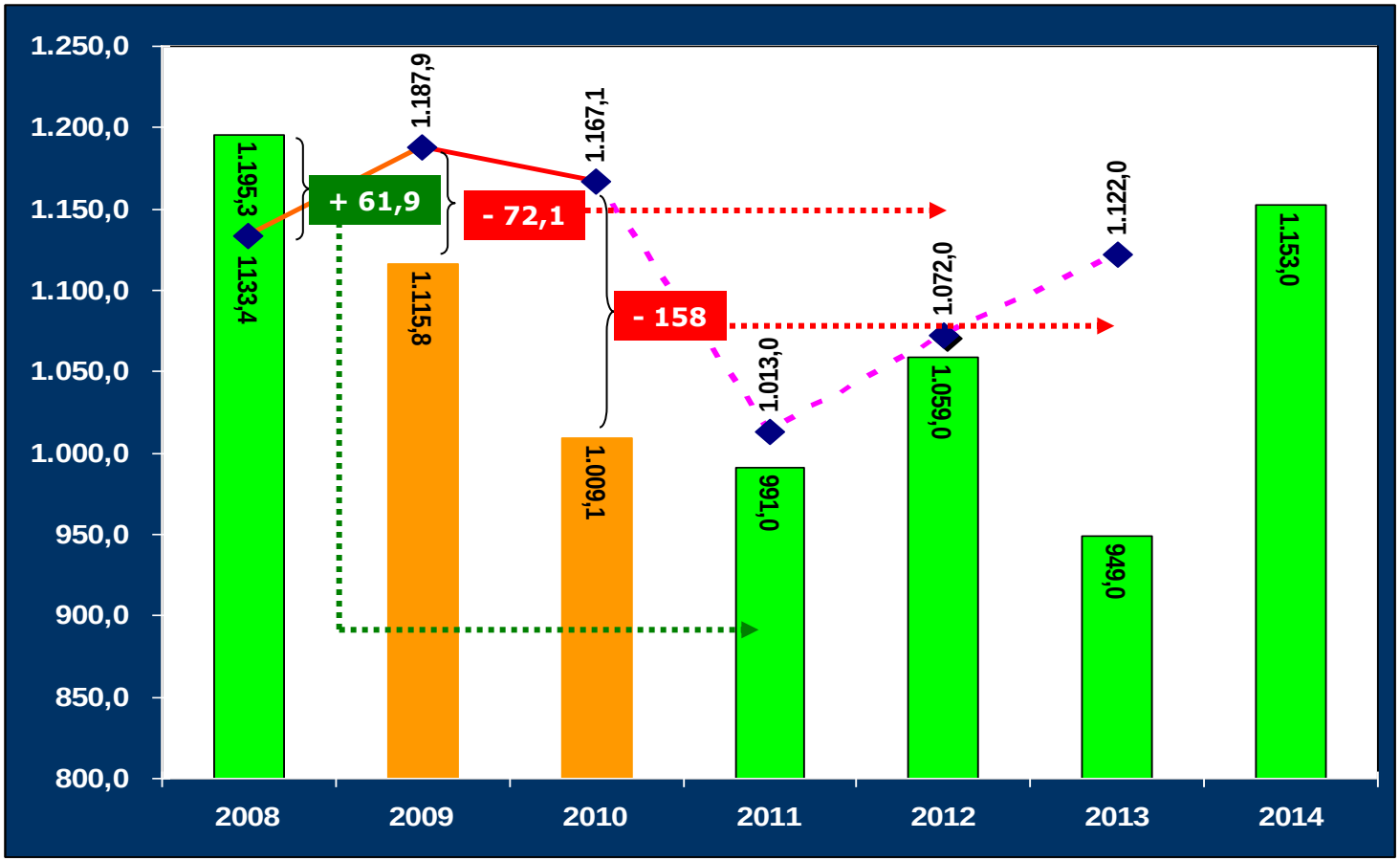
Städteverband Schleswig-Holstein



# Aktuelle Entwicklung der Finanzpolitik

## Finanzlage | Stand 20.05.2010

Städteverband Schleswig-Holstein

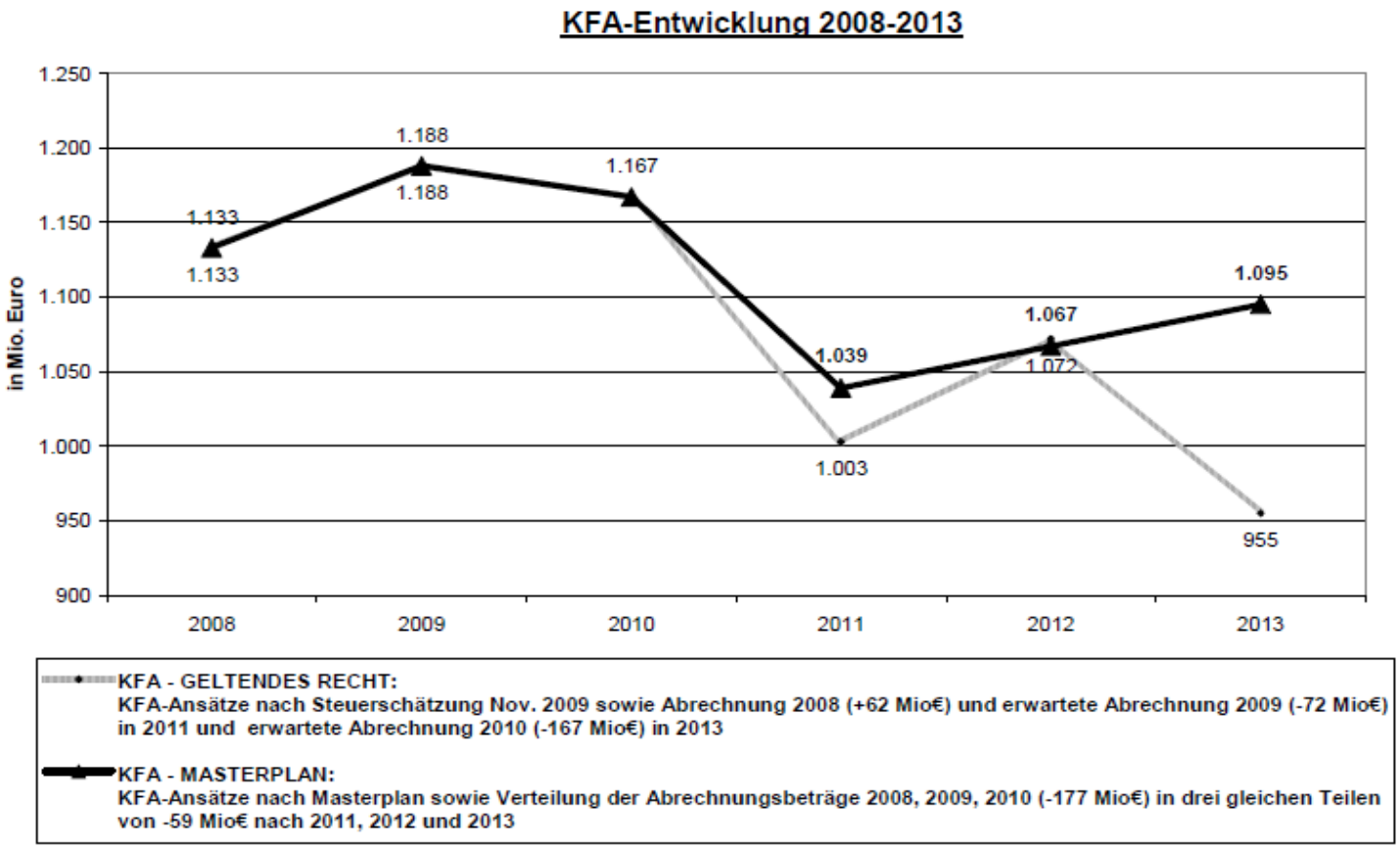



Per saldo ergeben sich negative Abrechnungs-beträge in Höhe von 168 Mio. €

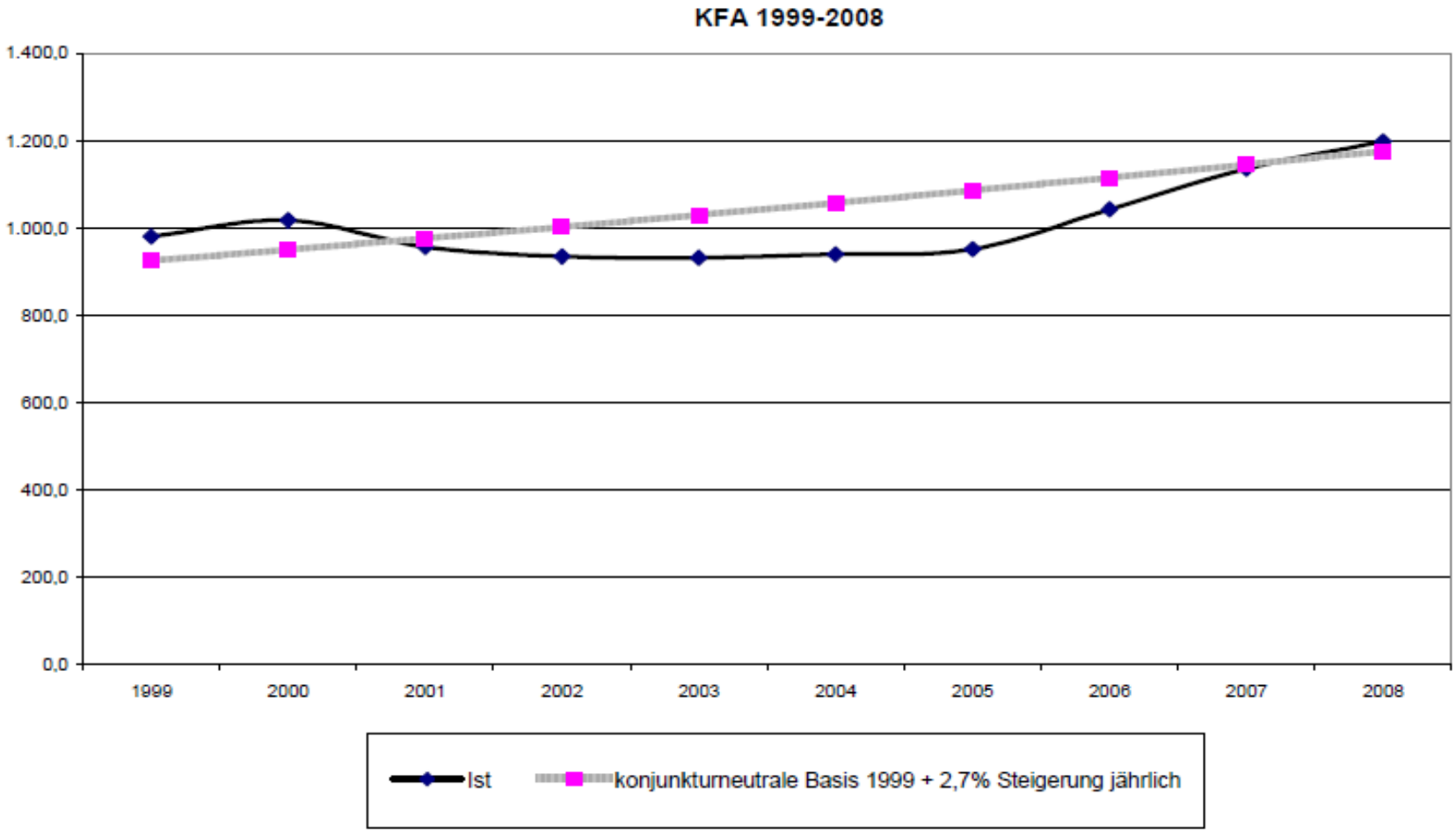
**Erläuterung**: Für das Jahr 2008 ergibt sich ein positiver Abrechnungsbetrag von ca. 62 Mio. €, weil die tatsächlichen Einnahmen über der im Landeshaushalt festgesetzten FAG-Masse lagen. Dieser positive Abrechnungsbetrag muss im Jahr 2011 berücksichtigt werden. In den Folgejahren 2009/2010 liegen die aufgrund der Nov.-Steuerschätzung 2008 im Doppelhaushalt des Landes festgesetzten FAG-Massen um 230 Mio. € höher als die erwarteten Einnahmen aufgrund der Mai-Steuerschätzung 2010. Diese negativen Abrechnungsbeträge müssten in den Jahren 2012 bzw. 2013 berücksichtigt werden. Die kommunalen Landesverbände werden deshalb mit der Landesregierung Gespräche u.a. darüber aufnehmen, wie die Wirkungen der zu erwartenden negativen Abrechnungsbeträge abgemildert werden können.

Städteverband Schleswig-Holstein

# Modell: Konjunkturbereinigung des Finanzausgleichs



Städteverband Schleswig-Holstein



Städteverband Schleswig-Holstein

**Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände:**

„Das Land garantiert den Gemeinden und Gemeindeverbänden **unabhängig von seiner eigenen Leistungsfähigkeit eine finanzielle Mindestausstattung**. Diese muss die Kommunen in die Lage versetzen, neben den Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung und den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben auch freiwillige Aufgaben in einem der Bedeutung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts angemessenen Umfang zu erfüllen."

**Kompromisslösung der der Landtagsfraktionen:**

**Art. 49 Abs. 1 erhält folgende Fassung:**
(1) Um die Leistungsfähigkeit der steuerschwachen Gemeinden und Gemeindeverbände zu sichern und eine unterschiedliche Belastung mit Ausgaben auszugleichen, stellt das Land **im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit** den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Wege des Finanzausgleichs Mittel zur Verfügung, **durch die eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gewährleistet wird.**

*Tischvorlage*

**Eckpunkte eines „Prüfmodells" als Ersatz für die heutige Gewerbesteuer**

1. Das Gewerbesteuergesetz wird aufgehoben.

   a) Die Gewerbesteuerumlage (Artikel 106 Abs. 6 Satz 4 GG) entfällt.

   b) Die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer nach § 35 EStG entfällt.

2. Die Gemeinden erhalten einen mit Hebesatzrecht ausgestatteten Zuschlag zur Einkommensteuer.

   a) Der Zuschlag entspricht dem aktuellen Gemeindeanteil am Aufkommen der Einkommensteuer (15 %).

   b) Im Hinblick auf die Aufkommensneutralität bedingt der Zuschlag eine Absenkung der Einkommensteuer-Tarifeckwerte um 15 %. Hieraus ergibt sich der „Bund-Länderteil" des Tarifs (Eingangssatz sinkt von 14 % auf 11,9 %, der Höchstsatz von 42 % auf 35,7 %, der Spitzensteuersatz von 45 % auf 38,25 %).

   c) Dieses Tarifniveau erhöht sich um den „Gemeindezuschlag" von rechnerisch 17,65 % (Durchschnittswert, Hebesatzrecht bleibt unberührt).

   d) Die Gesamteinkommensteuer wird vom Wohnsitzfinanzamt festgesetzt und für die Steuergläubiger (Bund, Länder und Gemeinden) erhoben.

   e) Der Zuschlag steht – unabhängig von der Zusammensetzung der Einkünfte – der jeweiligen Wohnsitzgemeinde zu.

   f) Der Zuschlag wird auch im Lohnsteuerabzugs- bzw. Einkommensteuervorauszahlungsverfahren berücksichtigt. Er ist auch bei der Kapitalertragsteuer/Abgeltungssteuer zu erheben.



3. Die Gemeinden erhalten einen mit Hebesatzrecht ausgestatteten Zuschlag zur Körperschaftsteuer.

   a) Der Zuschlag entspricht dem Zuschlagssatz bei der Einkommensteuer (rechnerisch durchschnittlich 17,65 %)[1].

   b) Dies bedingt eine Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes um 9,65 %-Punkte auf 24,65 %[2]. Der „Gemeindetarifteil" ergibt sich unter Anwendung des Zuschlags von 17,65 5. Das endgültige Tarifniveau ergibt sich in Abhängigkeit vom jeweiligen Hebesatz.

   c) Die Gesamtkörperschaftsteuer wird vom Geschäftsleitungsfinanzamt festgesetzt und für die Steuergläubiger (Bund, Länder und Gemeinden) erhoben.

   d) Der Zuschlag steht der jeweiligen Betriebsstättengemeinde zu (Zerlegung grundsätzlich nach Arbeitslöhnen).

   e) Der Zuschlag wird auch im Körperschaftsteuervorauszahlungsverfahren berücksichtigt. Er ist auch bei der Kapitalertragsteuer/Abgeltungssteuer zu erheben.

4. Der Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer wird von … % auf … % erhöht[3] (Zerlegung nach Arbeitslöhnen).

Städteverband Schleswig-Holstein

Anlage 2

Bundesministerium der Finanzen 22. März 2010

**Merkmale zur Erfassung von Standards**

# AG Standards

| Merkmale | Beschreibung |
|---|---|
| Bundesnorm | Name des Gesetzes, Verwaltungsvereinbarung, Verordnung etc. |
| Kurzbeschreibung/Normgegenstand | Was wird geregelt? Was sind die Ziele des Gesetzes, der VV etc.? |
| Nennung der enthaltenen Standards mit finanziellen Auswirkungen für Länder/Kommunen | Auflistung der Standards |
| Welche konkreten Vorgaben werden gemacht? | Definition des Standards in der Norm (Zitat) |
| Welche Ziele sollen mit den Standards erreicht werden? | |
| Gibt es Ermessensspielraum? | |
| Geltungsbereich | Für wen oder was gilt der Standard? |
| Geltungszeitraum | In (ab) welchem Zeitraum gilt der Standard? |
| Adressatenkreis | Wer ist für die Standardeinhaltung verantwortlich? |
| finanzielle Belastung durch den Standard | Kann die derzeitige Belastung durch den Standard beziffert werden? |
| Definition von Änderungsmöglichkeiten | Welche Möglichkeiten zur Änderung gibt es? Welche finanzielle Entlastung würden die Änderungen bringen? |
| Pro-Argumente zur Änderung | |
| Contra-Argumente zur Änderung | |
| Gesetzesänderungen nennen | Welche Änderungen von Gesetzen, Verwaltungsvereinbarungen, Verordnungen wären nötig? Gibt es Folgeänderungen in anderen Gesetzen? |

## Übersicht

Städteverband Schleswig-Holstein

- Aktuelle Entwicklung der Finanzpolitik
  - Finanzlage nach der Steuerschätzung
  - Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung
  - Gemeindefinanzkommission des Bundes
- Novellierung des Sparkassengesetzes
- Novellierung des Schulgesetzes (insb. Schullastenausgleich)
- Zukunft der Verwaltungsstrukturen nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Amtsordnung
- Landesentwicklungsplan/ Kommunalisierung Regionalplanung
- Konzeptbörse „Zukunftsfähige Städte"
- Stichworte: Kommunalabgabengesetz/ Vergaberecht/ Landesrahmenvertrag/ Konzessionsverträge usw.

**LT-Drs. 17/250**

**§ 4 wird wie folgt geändert:**

„(4) Die Satzung kann die **Bildung von Stammkapital** vorsehen. …

(5) Bis zu 25,1 v.H. des Stammkapitals können von anderen öffentlich-rechtlichen Sparkassen, deren Trägern im Sinne des § 1 Abs. 1 oder von **vergleichbaren Trägern** im Sinne des Satzes 2 gehalten werden. Vergleichbare Träger sind **juristische Personen ohne private Eigentümer**, Mitglieder oder vergleichbare Berechtigte, die an einer Sparkasse im Sinne des § 40 Abs. 1 Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 8 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2437) mehrheitlich beteiligt sind, **unter staatlicher Aufsicht auf die Wahrung sparkassentypischer Aufgaben sowie darauf verpflichtet sind**, **etwaige Ausschüttungen und Liquidationserlöse gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken zuzuführen**. …

## Übersicht

Städteverband Schleswig-Holstein

- Aktuelle Entwicklung der Finanzpolitik
  - Finanzlage nach der Steuerschätzung
  - Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung
  - Gemeindefinanzkommission des Bundes
- Novellierung des Sparkassengesetzes
- Novellierung des Schulgesetzes (insb. Schullastenausgleich)
- Zukunft der Verwaltungsstrukturen nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Amtsordnung
- Landesentwicklungsplan/ Kommunalisierung Regionalplanung
- Konzeptbörse „Zukunftsfähige Städte"
- Stichworte: Kommunalabgabengesetz/ Vergaberecht/ Landesrahmenvertrag/ Konzessionsverträge usw.

Städteverband Schleswig-Holstein

Wesentliche Änderungen
- Wahlrecht G8 und G9
- Zuständige Schule
- Flexibilisierung Regional- und Gemeinschaftsschule
- Schullastenausgleich
- Keine Regelung zur Schulsozialarbeit

**§ 111 Schullastenausgleich (Regierungsentwurf)**
(1) Eine Gemeinde hat für eine Schülerin oder einen Schüler, die oder der in ihrem Gebiet wohnt und eine Grundschule, eine weiterführende allgemein bildende Schule oder ein Förderzentrum besucht, an deren oder dessen Trägerschaft die Gemeinde nicht beteiligt ist, an den Schulträger einen Schulkostenbeitrag zu zahlen. ***Die Höhe des Schulkostenbeitrages bestimmt sich aufgrund der laufenden Kosten nach § 48 Abs. 1 Nr. 3 und 4, die der Schulträger für eine Schülerin oder einen Schüler der jeweiligen Schule aufgewendet hat. In den Schulkostenbeitrag ist ferner ein angemessener Ausgleich für die dem Träger entstandenen Investitions- und Verwaltungskosten einzuberechnen. Gemeinde und Schulträger können von Satz 2 und 3 abweichende Vereinbarungen für einen angemessenen Interessenausgleich treffen.***

# TOP 5 - Kommunalrelevante Tagesfragen

## Übersicht

- Aktuelle Entwicklung der Finanzpolitik
  - Finanzlage nach der Steuerschätzung
  - Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung
  - Gemeindefinanzkommission des Bundes
- Novellierung des Sparkassengesetzes
- Novellierung des Schulgesetzes (insb. Schullastenausgleich)
- Zukunft der Verwaltungsstrukturen nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Amtsordnung
- Landesentwicklungsplan/ Kommunalisierung Regionalplanung
- Konzeptbörse „Zukunftsfähige Städte"
- Stichworte: Kommunalabgabengesetz/ Vergaberecht/ Landesrahmenvertrag/ Konzessionsverträge usw.

Die Amtsordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Februar 2003 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 112), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 2009 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 93), ist mittlerweile insofern mit Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 und Artikel 3 Absatz 1 der Landesverfassung unvereinbar, als sie in § 5 Absatz 1 Satz 1 die Möglichkeit eröffnet, dass sich die Ämter in Folge zunehmender Übertragung von Selbstverwaltungsaufgaben durch die Gemeinden zu Gemeindeverbänden entwickeln, sie aber für diesen Fall in § 9 keine unmittelbare Wahl der Mitglieder des Amtsausschusses als des zentralen Entscheidungsorgans der Ämter durch das Volk vorsieht.

Der Gesetzgeber ist verpflichtet, die verfassungswidrige Rechtslage bis spätestens zum 31. Dezember 2014 durch eine Neuregelung zu beseitigen. Bis dahin bleibt § 9 der Amtsordnung insgesamt anwendbar. § 5 Absatz 1 Satz 1 der Amtsordnung bleibt bis dahin insofern anwendbar, als die Vorschrift die Rechtsgrundlage für Übertragungen bildet, die bis einschließlich 26. Februar 2010 erfolgt sind.

Städteverband Schleswig-Holstein

## Untersuchung Lorenz von Stein Institut (2009)

1. Änderung Art. 2 Abs. 2 S. 2 LV (streiche Gemeindeverband setze Kreise)
2. Abschaffung der Ämter
3. Gesetzliche Rückübertragung aller Aufgaben
4. Wahl des Amtsausschusses durch das Amtsvolk
5. Wahl des Amtsausschusses durch das Gemeindevolk
6. Direktwahl der ehrenamtlichen Bürgermeister
7. Verstärkung der Legitimation der Aufgabenübertragung
8. Normierung von Grenzen der Aufgabenwahrnehmung durch das Amt
9. Aufgabenbestand der Ämter durch Gesetz legitimieren

# TOP 5 - Kommunalrelevante Tagesfragen

## Übersicht

- Aktuelle Entwicklung der Finanzpolitik
  - Finanzlage nach der Steuerschätzung
  - Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung
  - Gemeindefinanzkommission des Bundes
- Novellierung des Sparkassengesetzes
- Novellierung des Schulgesetzes (insb. Schullastenausgleich)
- Zukunft der Verwaltungsstrukturen nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Amtsordnung
- Landesentwicklungsplan/ Kommunalisierung Regionalplanung
- Konzeptbörse „Zukunftsfähige Städte"
- Stichworte: Kommunalabgabengesetz/ Vergaberecht/ Landesrahmenvertrag/ Konzessionsverträge usw.

# TOP 5 - Kommunalrelevante Tagesfragen

## Übersicht

- Aktuelle Entwicklung der Finanzpolitik
  - Finanzlage nach der Steuerschätzung
  - Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung
  - Gemeindefinanzkommission des Bundes
- Novellierung des Sparkassengesetzes
- Novellierung des Schulgesetzes (insb. Schullastenausgleich)
- Zukunft der Verwaltungsstrukturen nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Amtsordnung
- Landesentwicklungsplan/ Kommunalisierung Regionalplanung
- Konzeptbörse „Zukunftsfähige Städte"
- Stichworte: Kommunalabgabengesetz/ Vergaberecht/ Landesrahmenvertrag/ Konzessionsverträge usw.

Städteverband Schleswig-Holstein

## Themenblöcke I-IV

Möglichkeiten der Verbesserung der **Finanzsituation** der Kommunen
**- Entschuldungsfonds -**

Optimierung im Bereich **Schule/ Jugendhilfe** und **Arbeitsmarktpolitik für junge Menschen**

**Wohnungsbauentwicklung/ Städtebauförderung**,
Wechselwirkung / Abhängigkeiten **Stadt- und Umlandgemeinden**

**Optimierung der kommunalen Verwaltung durch IT-Nutzung**

## *Zeitlicher Ablauf*

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

| | |
|---|---|
| **Mai – September 2010** | **Arbeitsgruppensitzungen**<br>Bearbeitung der Themenblöcke<br>Erarbeitung von konkreten Beiträgen zur Zielvereinbarung |
| **Oktober 2010** | **Koordinierung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen**<br>**Redaktionelle Zusammenfassung in einer Zielvereinbarung** |
| **November 2010** | **Abschließende Beratung über den Entwurf der Zielvereinbarung in der Landesregierung und der Kommunalen Familie** |
| **Dezember 2010** | **Abschlussworkshop mit förmlicher Unterzeichnung der Zielvereinbarung** |

Konzeptbörse Zukunftsfähige Städte 3

# TOP 5 - Kommunalrelevante Tagesfragen

## Übersicht

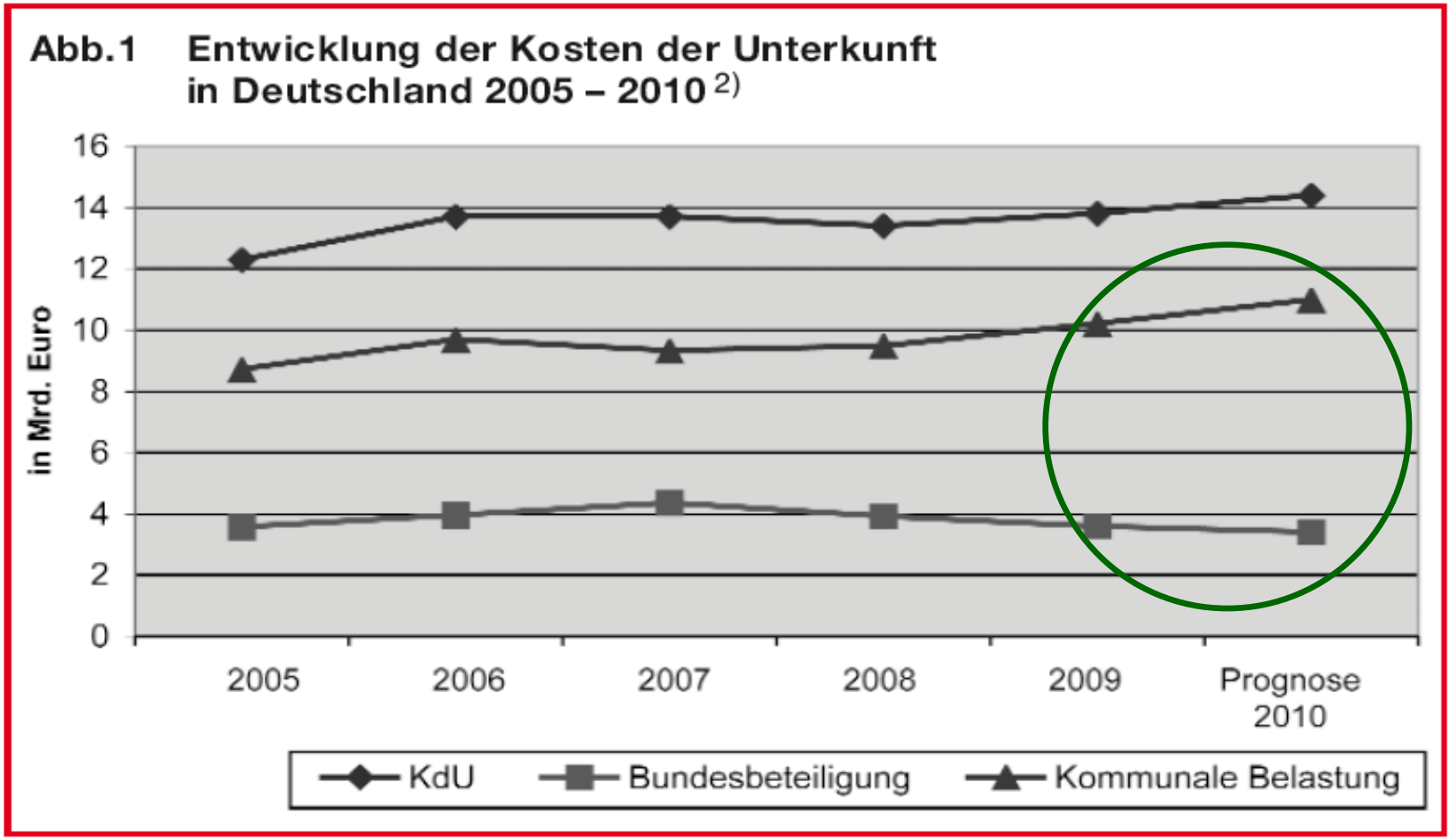
- Aktuelle Entwicklung der Finanzpolitik
  - Finanzlage nach der Steuerschätzung
  - Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung
  - Gemeindefinanzkommission des Bundes
- Novellierung des Sparkassengesetzes
- Novellierung des Schulgesetzes (insb. Schullastenausgleich)
- Zukunft der Verwaltungsstrukturen nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts zur Amtsordnung
- Landesentwicklungsplan/ Kommunalisierung Regionalplanung
- Konzeptbörse „Zukunftsfähige Städte"
- Stichworte: Kommunalabgabengesetz/ Vergaberecht/ Landesrahmenvertrag/ Konzessionsverträge usw.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !!!

Städteverband Schleswig-Holstein

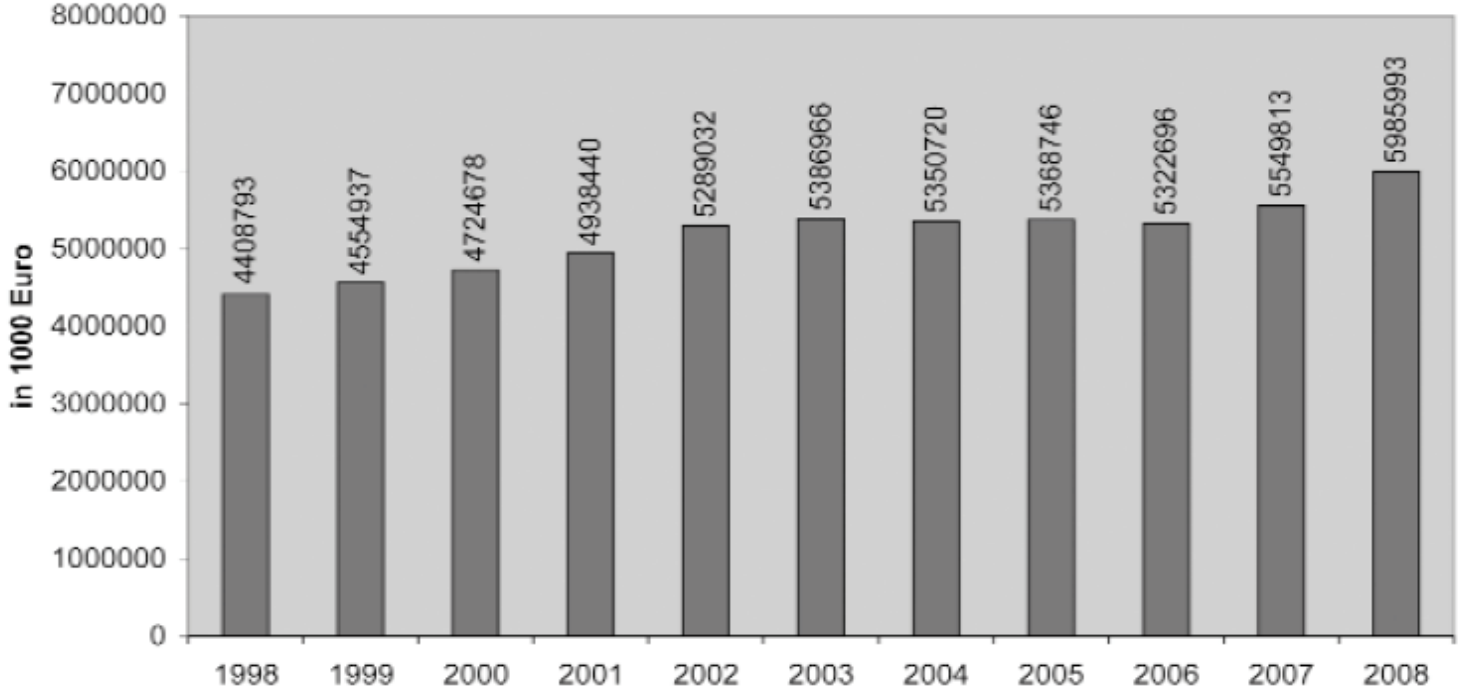
| Kosten der Unterkunft | Gesamt-ausgaben in Mrd. Euro | Beteiligungs-quote Bund in % | Belastung Kommunen in Mrd. Euro |
|---|---|---|---|
| 2005 | 12,3 | 29,1 | 8,7 |
| 2006 | 13,7 | 29,1 | 9,7 |
| 2007 | 13,7 | 31,8 | 9,32 |
| 2008 | 13,4 | 29,2 | 9,5 |
| 2009 | 13,8 | 26,0 | 10,21 |

Städteverband Schleswig-Holstein



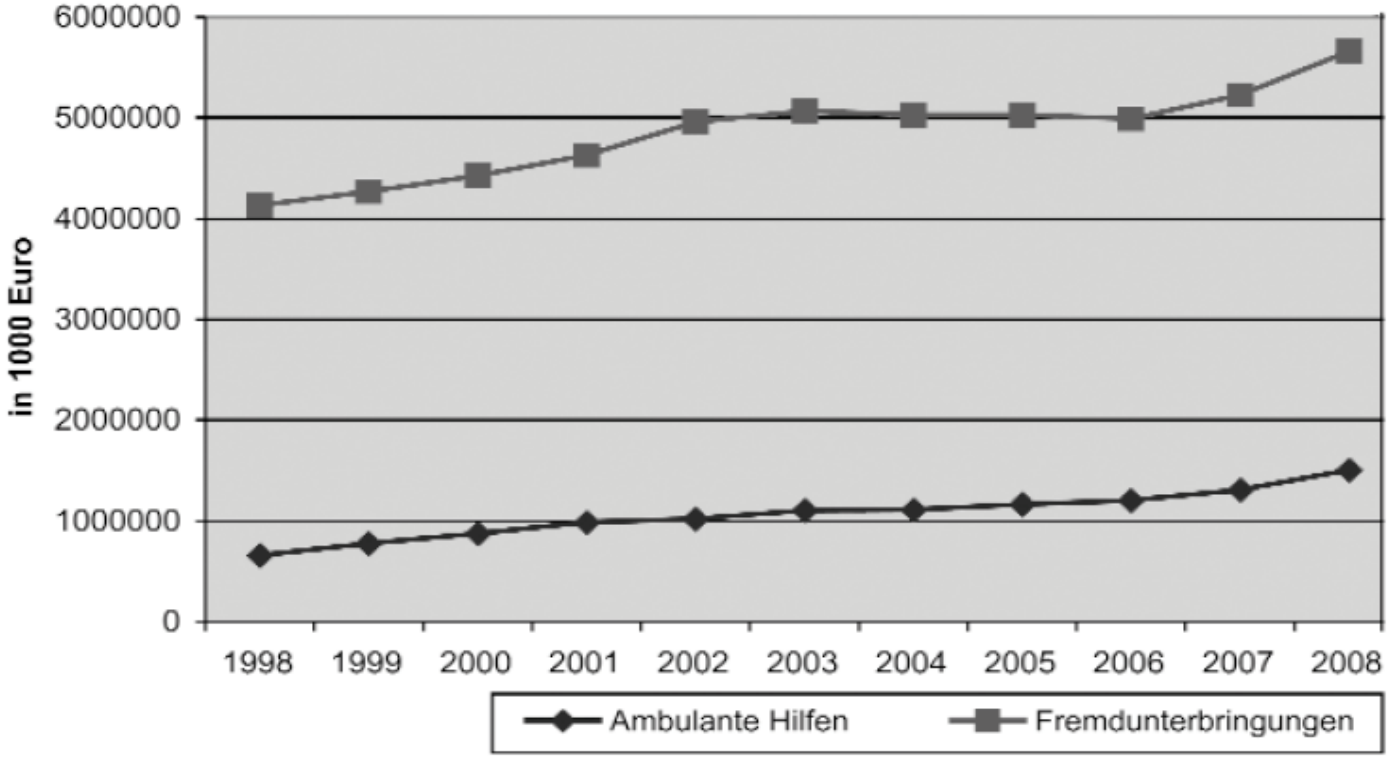
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.3 Entwicklung der finanziellen Aufwendungen für Leistungen der Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) in Deutschland 1998 – 2008**



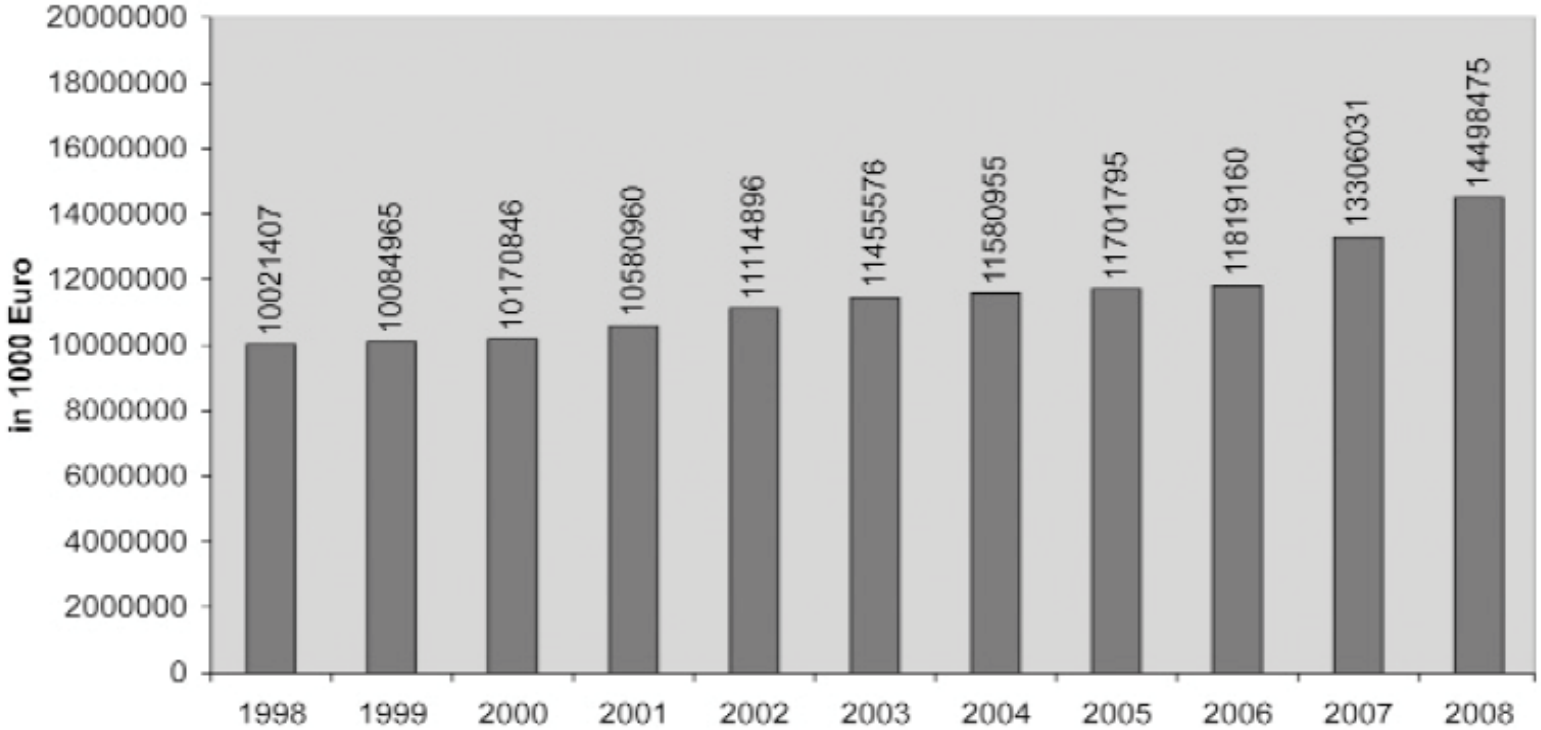
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.4 Höhe der Ausgaben für Leistungen der Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) nach Leistungs-segmenten; Deutschland 1998 – 2008**



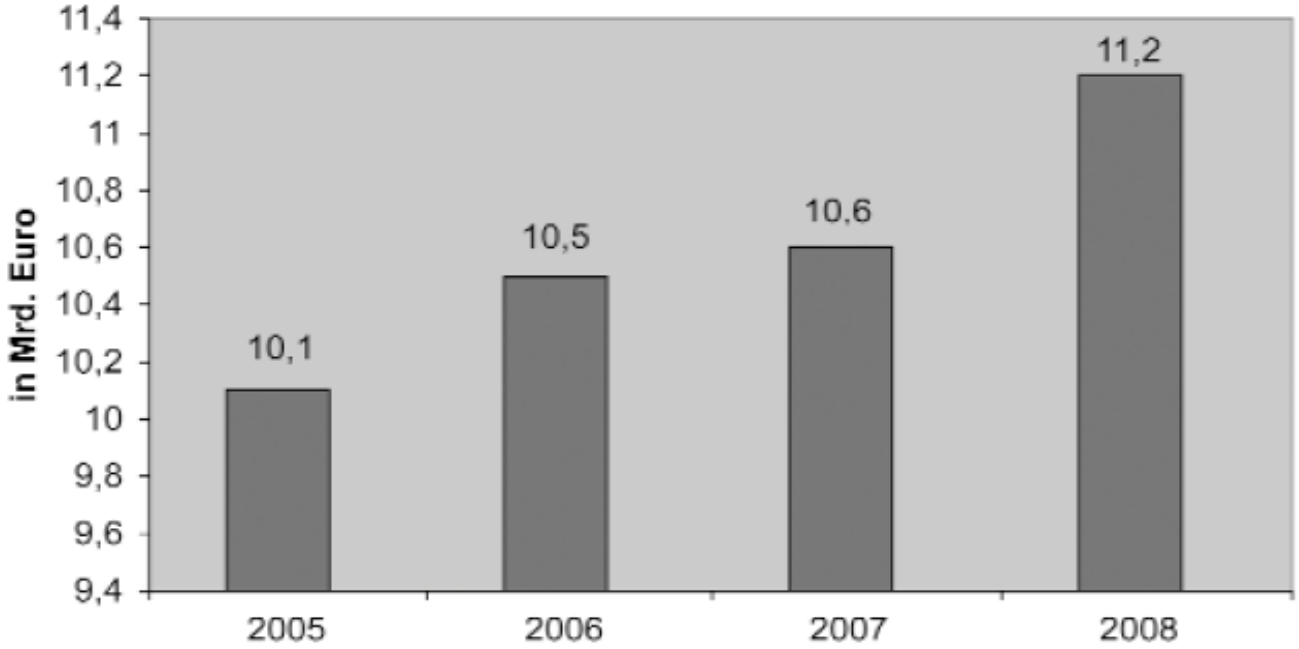
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.6 Bruttoausgaben für Kindertagesbetreuung in Deutschland 1998 – 2008**



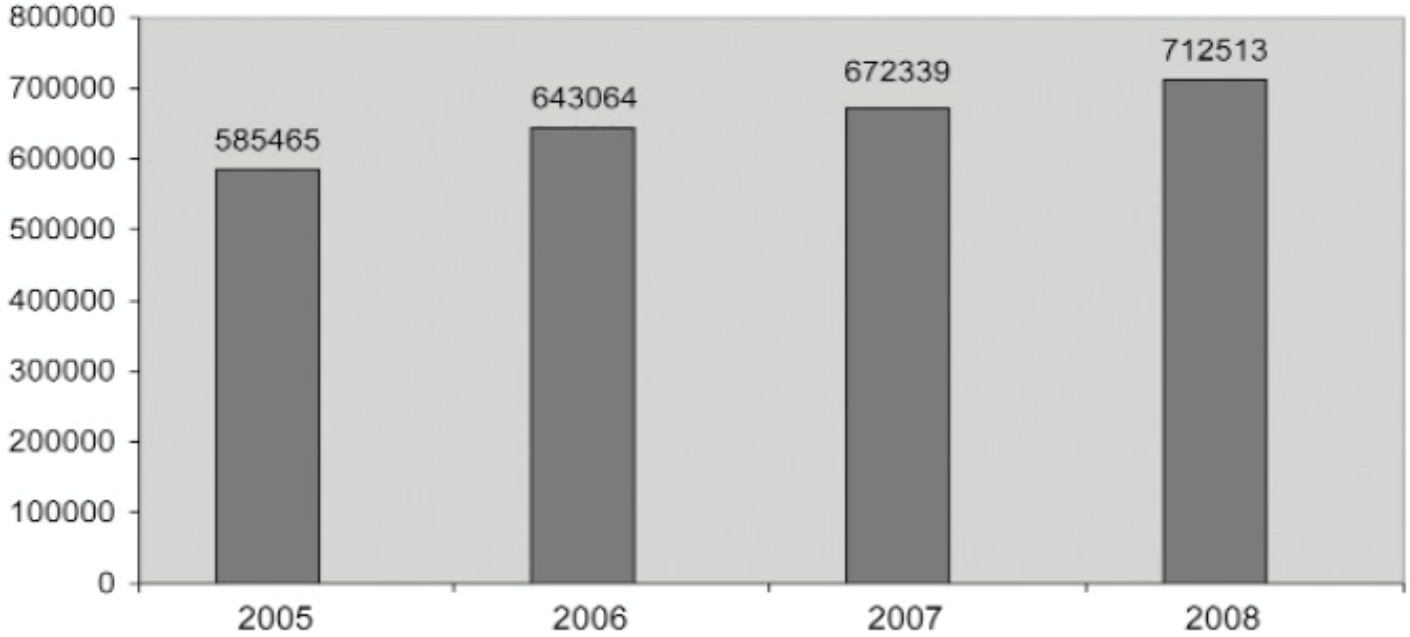
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.7 Nettoausgaben für Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 2005 – 2008**



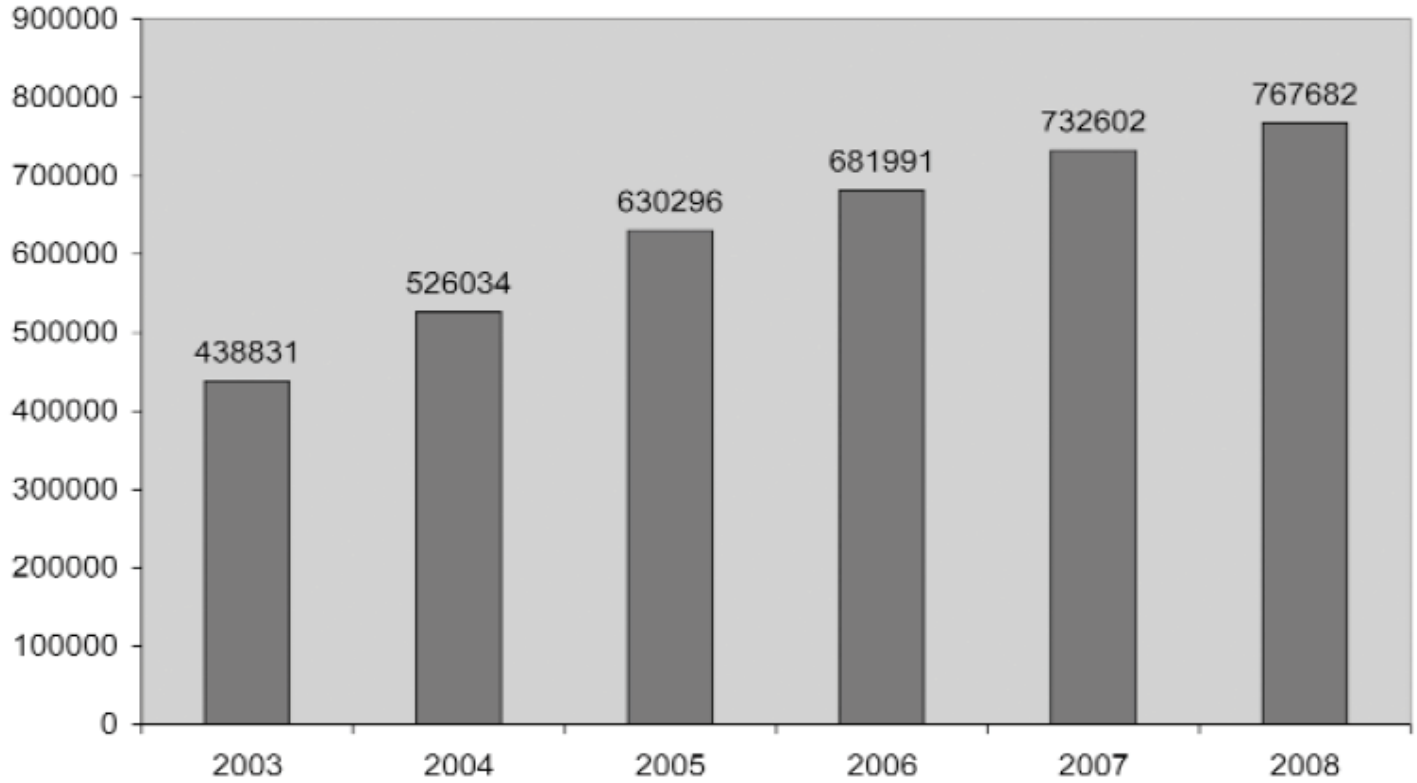
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.8 Empfänger von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 2005 – 2008**



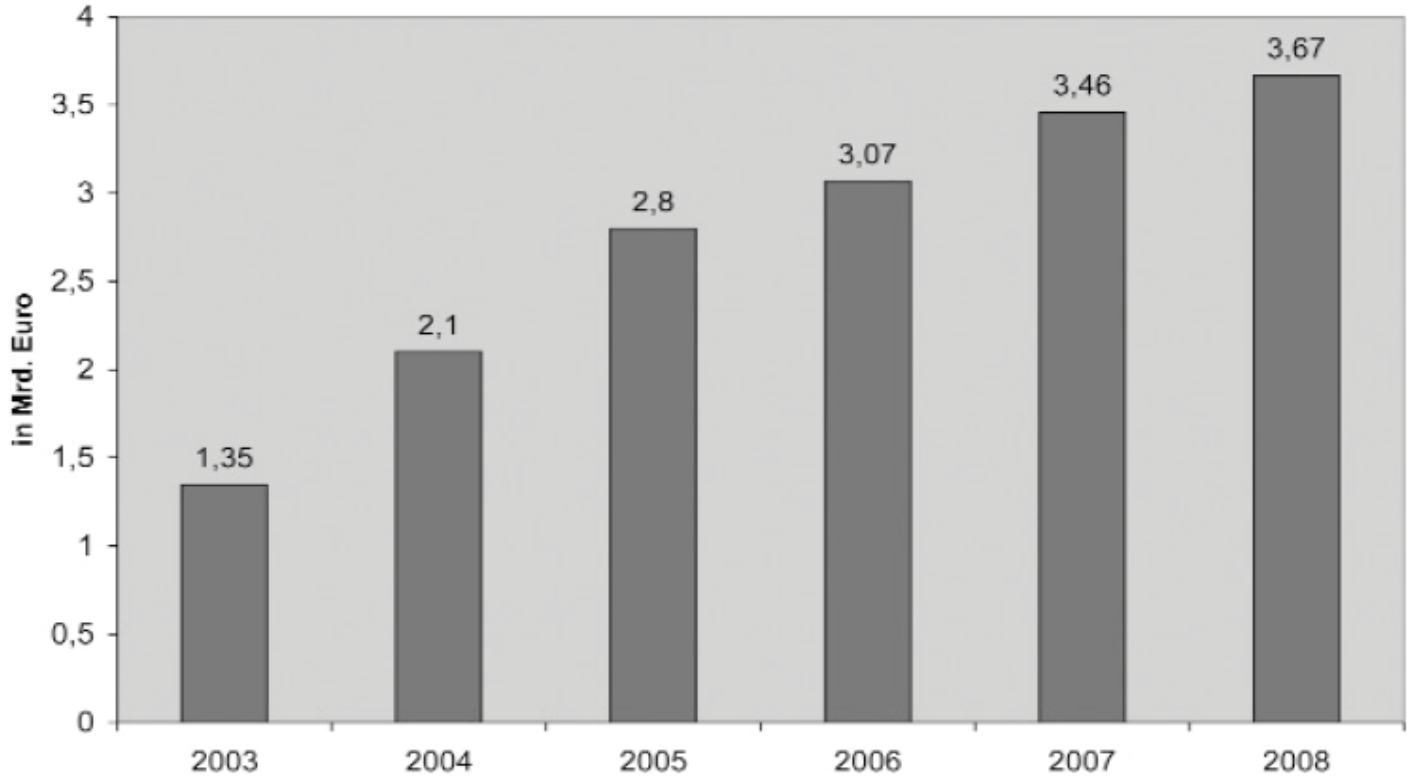
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.9 Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003 – 2008**



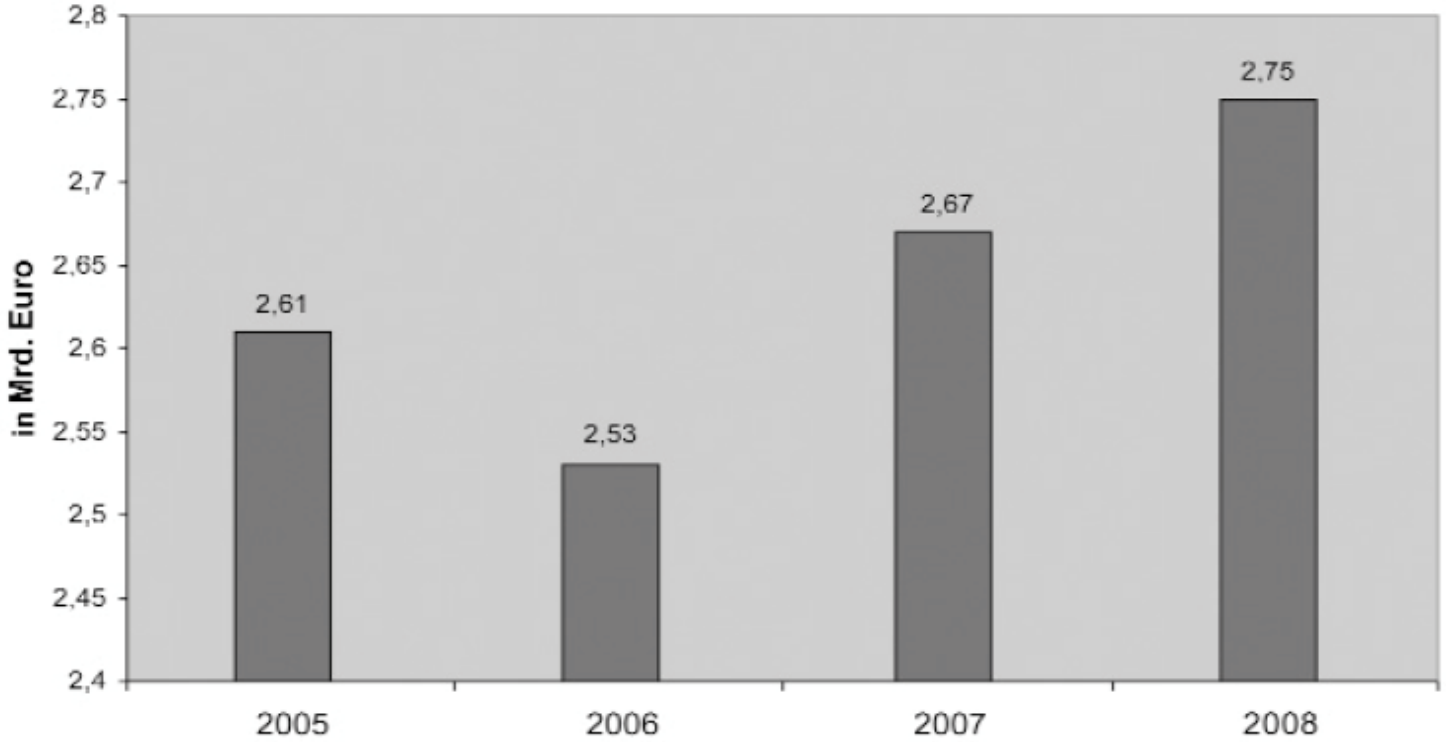
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.10 Nettoausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003 – 2008**



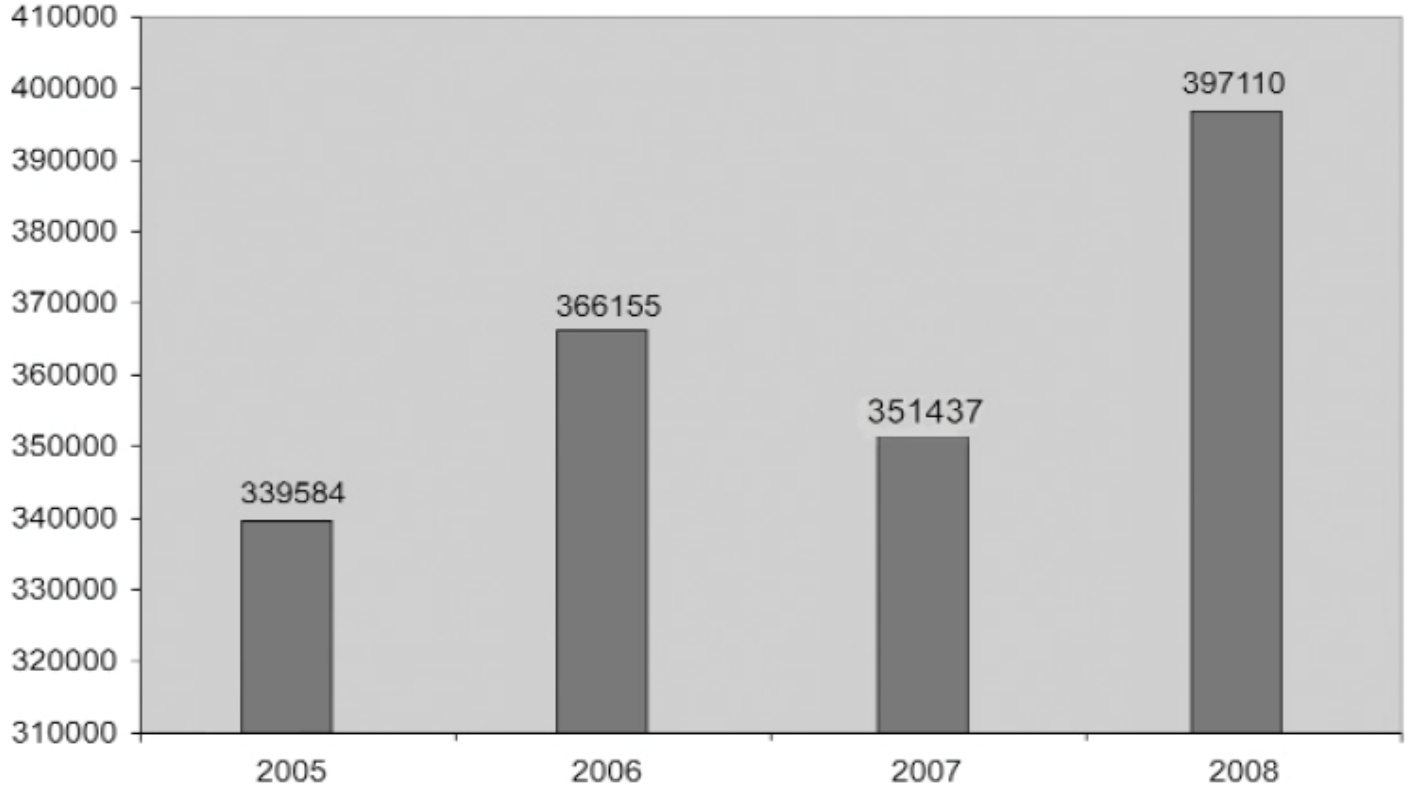
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.11 Nettoausgaben für Hilfe zur Pflege 2005 – 2008**



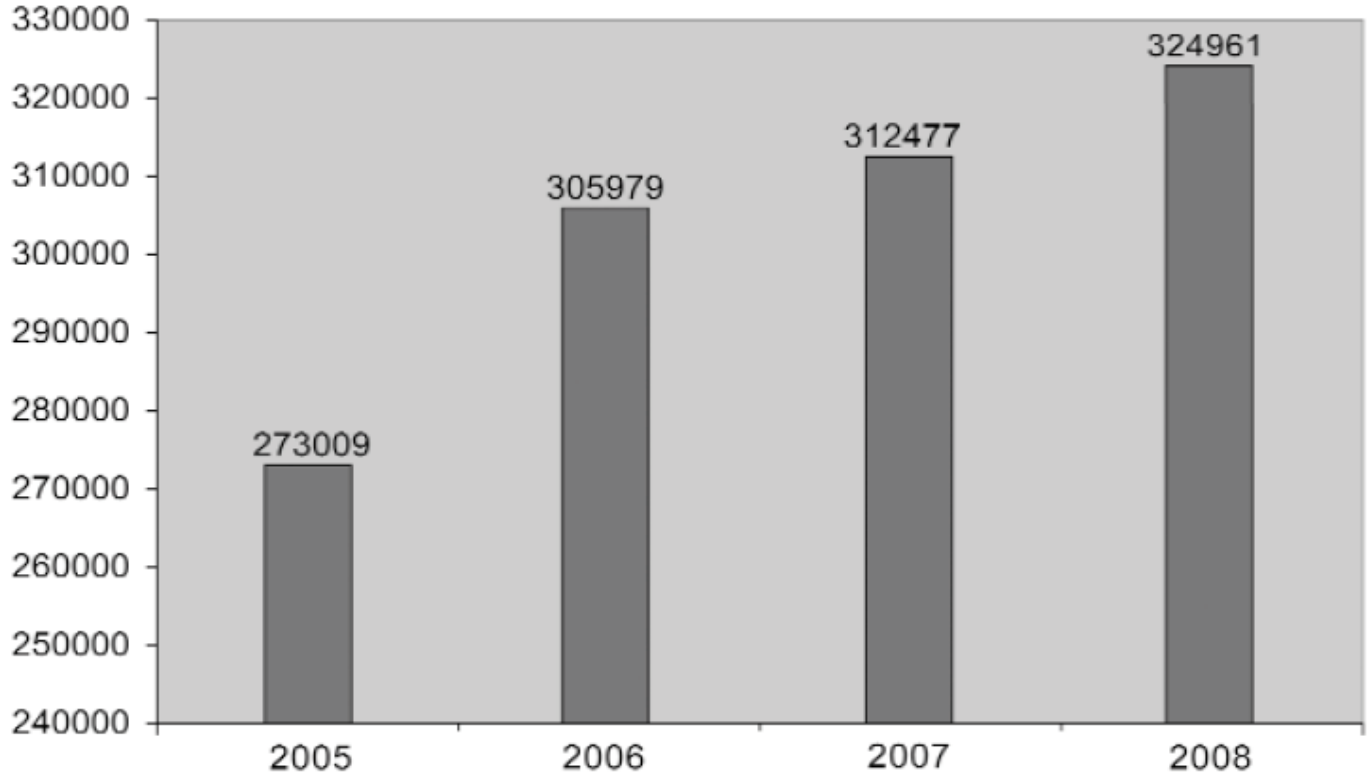
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.12 Empfänger von Hilfe zur Pflege 2005 – 2008**



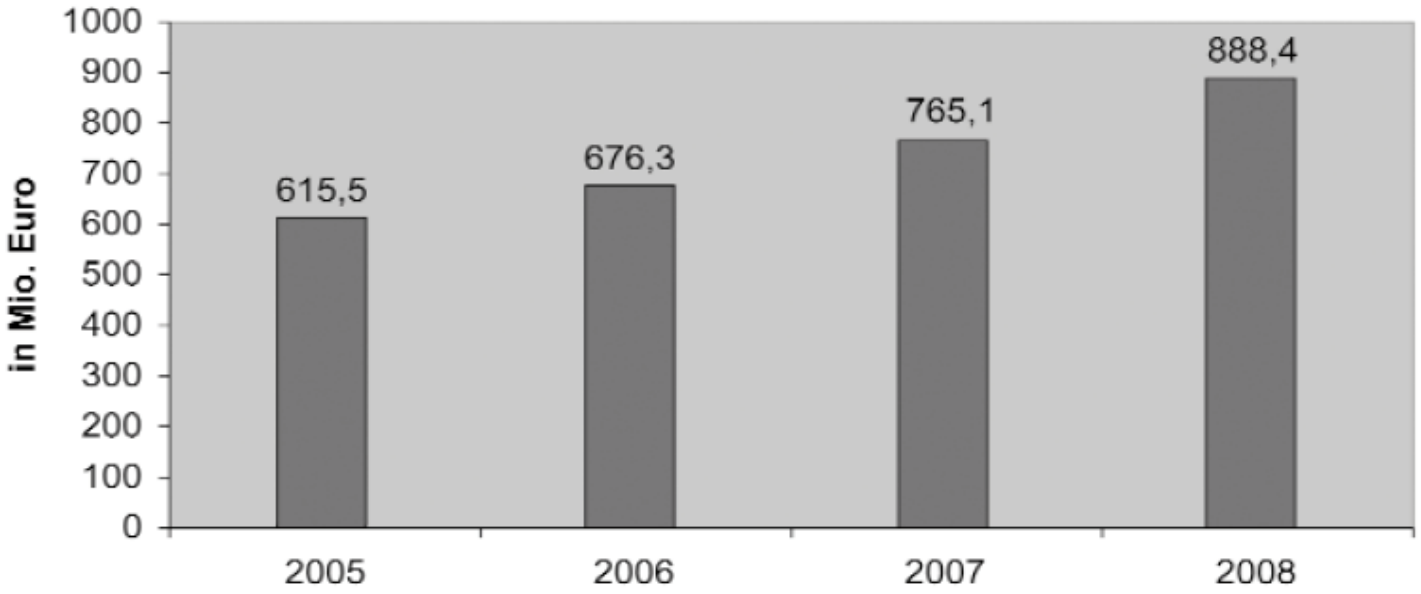
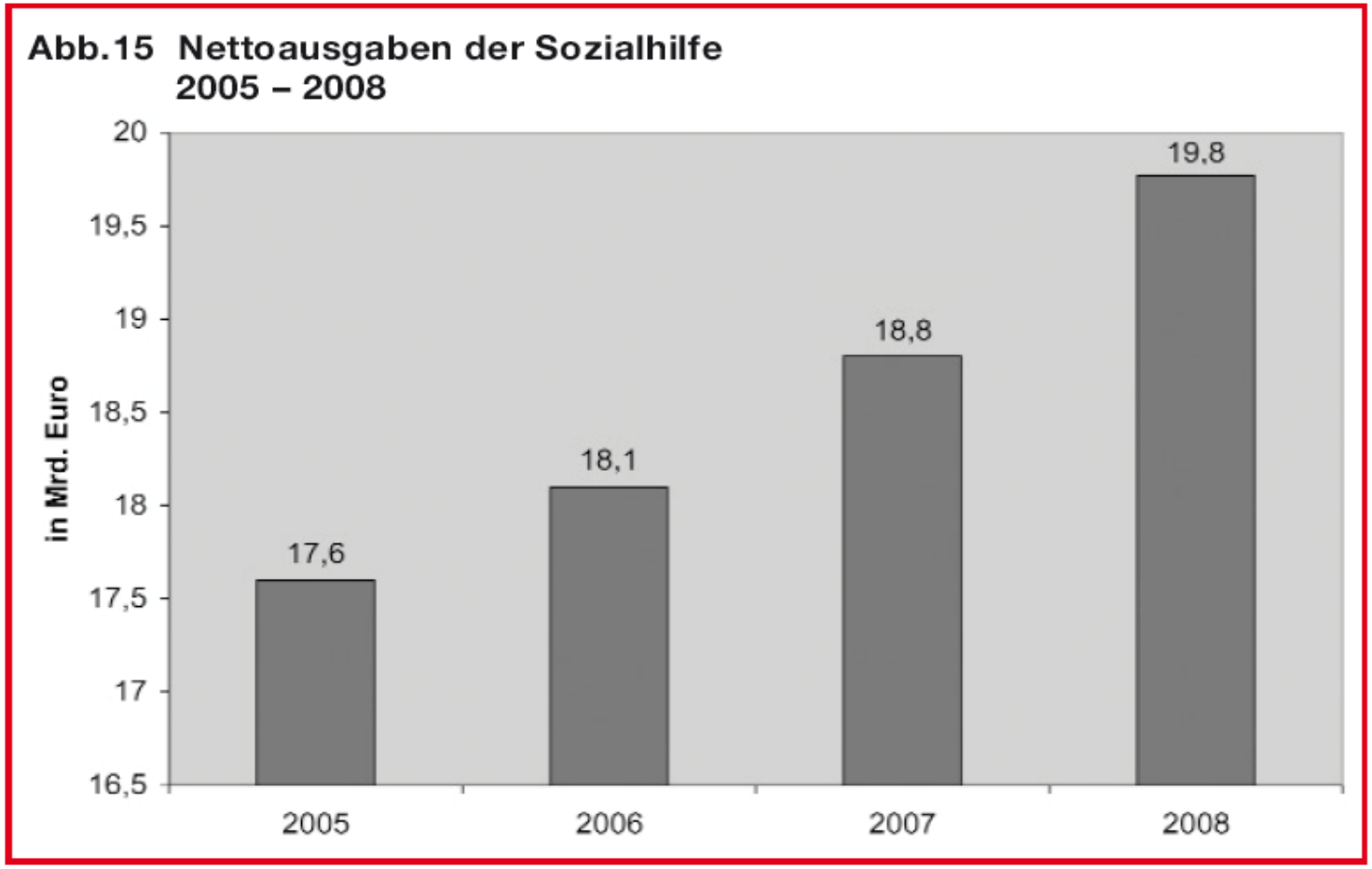
Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.13 Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt 2005 – 2008**



Städteverband Schleswig-Holstein

**Abb.14 Nettoausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt 2005 – 2008**



Städteverband Schleswig-Holstein